

**Rudolf Denner**  
**Pressesprecher des**  
**Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.**

**Bundesregierung der**  
**Bundesrepublik Deutschland**  
**Herr Bundeskanzler**  
**Olaf Scholz**

**per Einschreiben, persönlich**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Berlin, 7. Juni 2023

Diesen Brief richte ich an Sie persönlich.

Mein konkreter Anlass ist eine massive Kritik an den Ihnen als Bundeskanzler direkt unterstellten Chef des Bundespresse- und Informationsamtes, Herrn Staatssekretär Hebestreit.

Zum Sachverhalt:

Ihr Staatssekretär hat von mir in meiner Eigenschaft als Pressesprecher des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. die Erklärungen der NVA - Generäle der DDR a.D. Manfred Grätz und Sebald Daum am 29. Januar 2023 per Mail erhalten mit der Bitte um eine Antwort.

Deren Themen:

**Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens**

und

**Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland**

Ich habe bisher weder eine Eingangsbestätigung erhalten, geschweige denn eine sachliche Antwort.

Die Briefe beider Generäle haben ein beeindruckend breites öffentliches Echo - nicht nur von namhaften und prominenten Persönlichkeiten ausgelöst. Allerdings hat der bundesrepublikanische Mainstream davon keine öffentlich wirksame Kenntnis genommen.

Das Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. sah sich veranlasst, dazu eine Veranstaltung zu organisieren, um den unterschiedlichen Standpunkten zu folgenden Fragen Raum zu bieten:

- Frieden mit Russland
- Dialog statt Waffen
- Friedensinitiative überparteilich – nur so ist ein Überleben möglich.

Diese Konferenz fand am 27. März 2023 in Berlin statt.

Die Materialien dieser Veranstaltung wurden mit dem oben genannten Brief Ihrem Staatssekretär übergeben.

Er ist bis heute nicht in der Lage, den Eingang dieser an ihn persönlich gerichteten Dokumente zu bestätigen noch auf unser erneutes Gesprächsangebot zu reagieren.

Die Arbeitsweise dieser Institution, die Ihnen, ich wiederhole mich, direkt zugeordnet ist, kann ich deshalb nicht nachvollziehen und kritisiere sie deshalb nachdrücklich.

Deshalb wende ich mich nunmehr an Sie persönlich!

Auch der Aufstand meines in Aufruhr befindlichen Gewissens zwingt mich dazu, weil ich mich zu den Themen beider Generäle ebenfalls öffentlich geäußert habe und das Anliegen und die Aussagen beider Generäle der NVA vollinhaltlich teile.

Sie erlauben, dass ich auf die Tatsache, dass das Presse-und Informationsamt dazu schweigt und nicht auf unser Gesprächsangebot reagiert nunmehr einige grundsätzliche Feststellungen treffe und dazu ebenfalls um Ihre Antwort bitte.

- der völkerrechtswidrige Überfall der NATO auf Jugoslawien im Jahre 1999, an dem die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beteiligt war und tausende Todesopfer kostete, war der militärische Beginn der aggressiven Osterweiterung der NATO unter Führung der USA-Administration.
- Das geschah trotz aller Zusagen an den damaligen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, dass keine Osterweiterung der EU bzw. NATO stattfinden würde. Diese Zusagen seitens verantwortlicher Politiker des Westens wurden 1990 gemacht.
- Sie gestatten meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler: Konnten Sie sich damals vorstellen, wohin dieser Kriegskurs der damals verantwortlichen politischen Parteien bzw. Regierungen in der Gegenwart führen würde?
- Damals bereits wurde u.a. die Wandlung der Partei der Grünen von einer ehemals Friedenspartei zur heutigen Kriegspartei sichtbar und wird durch Ihre Außenministerin, Frau Annalena Baerbock, fortgesetzt, die den Kriegseintritt der Bundesrepublik Deutschland mit Russland öffentlich erklärte.
- Meine Frage an Sie: Geschah dies in Abstimmung mit Ihnen, Herr Bundeskanzler? Ich bitte Sie auch dazu um Ihre Antwort.
- Ist Ihnen bekannt, dass die fachlichen Qualitäten Ihrer Außenministerin für die Ausübung dieses Amtes sowohl im In - als auch im Ausland bezweifelt werden?
- Sie selbst, Herr Bundeskanzler, betreiben wie Ihre Vorgängerin im Amt, Frau Dr. Merkel, eine eindeutig gegen Russland betriebene Politik der Russophobie mit einem unermesslichen Schaden, nicht nur für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland.
- Sie ist auch gekennzeichnet von einer seit Jahrzehnten beeindruckenden politischen Verlogenheit gegenüber der Russischen Föderation und deren führenden Repräsentanten (vergl. Aussage Frau Dr. Angela Merkel zu Minsk 2).

- Sie ist ebenfalls Ausdruck eines nicht zu übersehenden traditionellen Vasallentums deutscher Bundesregierungen gegenüber den USA-Administrationen einschließlich deren Präsidenten, denen der Vorwurf zahlreicher Verstöße gegen das gültige Völkerrecht der UN und der Auslösung von mindestens 20 völkerrechtswidrigen Kriegen mit mehreren Millionen Kriegsoptionen gemacht werden muss.

Ihre aktuelle Politik, Herr Bundeskanzler, widerspricht den von Ihnen bzw. Ihren Vorgängern geleisteten Amtseid der u.a. beinhaltet, ..."dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen werde und seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden ...werde".

Ich stelle fest, dass Sie diesen geleisteten Amtseid in Größenordnungen während Ihrer bisherigen Amtszeit verletzen.  
Auf Beispiele verzichte ich, kann sie aber jederzeit nennen – wenn Sie es wünschen.

Ein weiterer Aspekt:

Einige wenige ausgewählte Fakten aus der deutschen Geschichte und ihre Zusammenhänge sind es, auf die ich Bezug nehme:

Es sind die großen Geistesgrößen Hegel, Kant, Feuerbach, Goethe und Schiller, Karl Marx, Friedrich Engels, Lenin, August Bebel, Ernst Thälmann und andere die über Jahrhunderte viele gesellschaftliche Prozesse, Ereignisse und Erkenntnisse prägten.

Sie gehören zum wertvollen historischen Gedankengut deutscher Geschichte, eigentlich auch Ihrer Partei, der SPD.

Leider gehören sie aus meiner Kenntnis in der Bundesrepublik nicht zum zu vermittelnden Bildungsstandard der heutigen und künftigen Generationen, sondern sind Bestandteil der kaum zu übersehenden Bildungskrise in der Bundesrepublik.

Eine ähnliche Situation ist bei der Vermittlung der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre und besonders seit der Annexion der DDR seit 1990 festzustellen, regierungsamtlich auch als Wiedervereinigung bezeichnet.

Durch diese Mängel entstanden und entstehen nicht nur erhebliche Bildungslücken auf vielen Gebieten sondern auch offene Scheunentore für das Vordringen rechter Ideologien in der Bevölkerung und besonders der jüngeren Generationen.

Erlauben Sie mir, Ihnen aus dieser Sicht einige historische Fakten nachfolgend nennen zu dürfen, die meinen historischen Betrachtungshorizont verdeutlichen.

### **Erster Fakt:**

Zu Hitlers „Mein Kampf“ hat der Autor Werner Maser ein beachtenswertes Buch mit dem Titel „Adolf Hitler, Mein Kampf“ geschrieben.

Er hat daraus u.a. folgendes zitiert:

**„Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und den Westen und weisen den Blick**

**nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuen Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken“.**

(zitiert nach Werner Maser; „Adolf Hitler, Mein Kampf“, Seiten 195/196)

Der Faschist und Kriegsverbrecher Adolf Hitler formulierte diese Erkenntnis vor etwa 100 Jahren.

Meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler, ich bitte Sie, mir zu erklären, worin sich die Ziele Ihrer heutigen Ostpolitik und die Ihrer sogenannten Verbündeten zur damaligen Aussage Adolf Hitlers unterscheiden?

Können Sie verstehen, Herr Bundeskanzler, dass die Tatsache, dass angriffsbereite deutsche Panzer und die anderer NATO-Länder wieder an den Grenzen Russlands stehen für einen geschichtsbewussten Bürger mit seriösen Kenntnissen zur aktuellen Geschichte dieses Landes ein unerträglicher Zustand ist?

### **Ein zweiter Fakt:**

Im Januar 1933 erfolgte Hitlers sogenannte „Machtergreifung“ – ein Begriff, geprägt von den damaligen deutschen Faschisten, übernommen und gegenwärtig verwendet von der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung und im offiziellen politischen und medialen Sprachgebrauch.

Es ist erschreckend, wie dieser semantisch irreführende Begriff Verwendung durch viele Politiker und in den Medien findet.

Tatsache ist doch und durch seriöse Historiker längst bewiesen, dass Hitler nicht die Macht ergriffen hat, sondern sie ihm formell vom damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg übertragen wurde.

In Wirklichkeit wurde doch entsprechend mit historisch belegten Fakten Hitler bzw. der Faschismus von den damals führenden Wirtschaftskreisen Deutschlands, der USA u.a. langjährig unterstützt, gefördert und an die Macht lanciert.

Dieser Fakt ist nach seriösen Erkenntnissen mit konkreten Fakten belegt. Diese Wirtschaftskreise hofften auf große Geschäfte und bekamen sie auch durch eine beispiellose Aufrüstung – so wie heute – siehe beispielsweise Rheinmetall u.a.

Ihrem möglichen Widerspruch zu diesen belegbaren Fakten sehe ich mich mit Vergnügen entgegen.

Mit Ihrem längerfristig vorbereiteten 100 Mrd.- Euro-Programm, von Ihnen verkündet zu einem günstigen Zeitpunkt, treiben sie die Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland an die mehrfache Billionen Euro-Grenze zu Lasten der nächsten Generationen. Gleichzeitig verschärfen sich beispielsweise die gesellschaftlich/sozialen Probleme, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich; im Bildungswesen, dem Gesundheitssystem und der Altenpflege sind sie in Größenordnungen nicht zu übersehen.

Weitere Beispiele könnte ich nennen.

Die gravierende Unzufriedenheit der Bevölkerung ist groß!

Das dürfte Ihnen doch bekannt sein, Herr Bundeskanzler!

**Ein dritter Fakt:**

Nach einer Reihe von kriegerischen Aktionen, die ich als bekannt voraussetze, überfiel das faschistische Deutschland am 21. Juni 1941, bekanntermaßen mit mehr als 3 Millionen Soldaten trotz anderslautender gültiger Verträge die damalige Sowjetunion.

Dieser Krieg führte zu deutlich mehr als 50 Millionen Toten in der Sowjetunion und in anderen Ländern, darunter Polen, Deutschland, China, Jugoslawien, China u.a. Ländern.

Das Ergebnis dieses Krieges war eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes. Besonders die Sowjetunion hatte nicht nur 27 Millionen Bürger als Opfer zu beklagen.

In der damaligen Sowjetunion wurden beispielsweise durch die deutschen Faschisten und ihre Verbündeten, darunter die ukrainischen Bandera -Faschisten ganze Landschaften samt Städte zerstört und außerdem unzählige unschuldige Bürger ermordet. Diese Erfahrung ist unauslöschlich im russischen Volk verankert.

Auch dazu darf ich Sie, Herr Bundeskanzler, mit einigen konkreten Fakten bekanntmachen:

Auf dem Gebiet der damaligen Sowjetunion wurden durch Kriegshandlungen durch deutsche Faschisten zerstört:

1.710 Städte	70.000 Dörfer
66 Mio. qm Wohnfläche	1.850 Industriebetriebe
99.876 Schächte	
13.000 Brücken	65.000 km Eisenbahnstrecke
4.100 Bahnhöfe	5.900 Lokomotiven
428.000 Waggons	8.309 Binnenschiffe
82.000 Schulen	334 Hochschulen
427 Museen	7.632 Krankenhäuser
2.766 Kirchen	

Quelle: H. Bergschicker 1933-1945 Verlag der Nation 1981

Unzählige Verbrechen, unermessliches Leid und viel Elend musste die Sowjetunion und deren Bevölkerung ertragen.

Dieses Leid wirkt in vielen Familien der damaligen Sowjetunion auch heute noch fort, die Erinnerungen werden besonders anlässlich des 8. und 9. Mai auch in Berlin und anderswo, vornehmlich in den Ländern der einstigen DDR in eindrucksvoller Weise gepflegt.

Das faschistische Deutschland musste am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulieren.

Die Angehörigen der Roten Armee waren es schließlich, die mit viel Heldenmut und unter großen Verlusten gemeinsam mit ihren Verbündeten im Mai 1945 Deutschland vom Hitlerfaschismus befreiten.

Wenn heute durch die verantwortlichen Behörden der Bundesrepublik Deutschland an diesen Gedenktagen diskriminierende Auflagen an Bürger und Institutionen erteilt werden, beispielsweise dass russische Fahnen oder das Sankt Georgs Band und andere nicht mehr gezeigt werden dürfen, dann ist das aus meiner Sicht nicht nur ein skandalöser Vorgang sondern auch der Versuch, von deutscher Seite aus Geschichtsverfälschung zu betreiben bzw. die Geschichte des II. Weltkriegs umzuschreiben.

Die politische Verantwortung dafür tragen Ihre Vorgänger und Sie als Bundeskanzler persönlich einschließlich die gegenwärtige Bundesregierung. Sie, Herr Bundeskanzler, verstehen sicherlich den diesbezüglichen unübersehbaren Widerstand und Protest vieler Bürger der Bundesrepublik, den ich uneingeschränkt teile und persönlich aktiv unterstütze und dies auch künftig tun werde.

### **Meine nächsten Fragen an Sie, Herr Bundeskanzler**

Wenn die Osterweiterung der EU bzw. der NATO trotz aller Warnungen und berechtigten Sicherheitsbedenken Russlands und vieler Experten der USA, der Bundesrepublik u.a. international bekannter Experten von den bundesrepublikanischen Regierungen seit Jahrzehnten betrieben wird und dabei eine politische und mediale Verlogenheit praktiziert wurde und wird, dann darf die Frage an Sie als gegenwärtig amtierender Bundeskanzler erlaubt sein, welche konkreten Gründe für Sie eine Rolle spielen, dieses mediale Treiben unwidersprochen zu akzeptieren?.

- Sind sie dafür von den Bürgern der Bundesrepublik in Ihr Amt gewählt worden?
- Haben Sie das Wahlvolk über Ihre diesbezüglichen Absichten vor den Wahlen ehrlich informiert?
- Können Sie uns erklären, warum sie Ihre diesbezüglichen Absichten nicht vor der Wahl den Bürgern dieses Landes offen erklärt haben?
- Wie stehen Sie, Herr Bundeskanzler, zur weitverbreiteten Meinung, dass die Mehrzahl der bundesdeutschen Bürger Ihre diesbezügliche Politik, insbesondere Ihre Aufrüstungspolitik und den Krieg gegen Russland ablehnen?

Es ist für mich ein ungeheuerlicher Vorgang, dass deutsche Panzer mit dem Balkenkreuz der faschistischen Wehrmacht an eine korrupte ukrainische Marionettenregierung, angeführt von deren Präsidenten Selenskyj, einem ehemaligen Schauspieler bzw. Komiker, abhängig und gelenkt von den USA, geliefert werden und die faschistischen Tendenzen der Machthaber dieses Staates stillschweigend von der Bundesregierung geduldet und vom bundesrepublikanischen Mainstream akzeptiert werden.

### **Ein weiterer Fakt:**

Auch der Bericht des Europäischen Rechnungshofes Nr. 23/21 mit dem Titel

**Bekämpfung der Großkorruption in der Ukraine** dürfte Ihnen bzw. Ihrer Regierung bekannt sein.

Er beweist in überzeugender Weise nicht nur die Großkorruption des gegenwärtigen Ukraine-Regimes, sondern auch Ihren fragwürdigen Umgang mit den diesbezüglich eingesetzten Steuergeldern bundesdeutscher Bürger.

Gestatten Sie meine Frage:

Wie wollen Sie, Herr Bundeskanzler, dies dem bundesdeutschen Steuerbürger überzeugend erklären?

**Eine weitere Frage an Sie, Herr Bundeskanzler.**

Seit Jahren beobachten nicht nur ich, wie die Bevölkerung unseres Landes einer antirussischen Propaganda mit den Dimensionen eines propagandistischen Tsunamis überzogen wird.

Den Bürgerkrieg, den die Regierung in Kiew mit Unterstützung der EU und der NATO gegen die ostukrainischen Provinzen seit 2014 führten und bis zum 21.2.2022 mehr als ca. 14.000 Opfer kostete, wurde in dieser Zeit weitgehend verschwiegen – warum dieses bundesrepublikanische mediale Schweigekartell und welche Hintergründe spielten dabei eine Rolle?

Ich erwarte dazu eine konkrete und kurzfristige Antwort von Ihnen Herr Bundeskanzler!

All das scheint, so meine Vermutung, Ihnen, der Bundesregierung insgesamt, besonders der gegenwärtigen Außenministerin und dem gegenwärtigen Wirtschaftsminister offensichtlich nicht in Erinnerung zu sein bzw. wird bewusst negiert oder gehört möglicherweise zu deren fachlichen Bildungslücken.

Anders ist das politische Auftreten Ihrer Regierung für mich kaum noch erklärbar.

Der gegenwärtige Ukraine-Konflikt wird aus meiner Sicht vom Mainstream und der Bundesregierung von seinem direkten Beginn am 24. Februar 2022 her betrachtet.

Sie gestatten meine weitere Frage an Sie:

Hatte er nicht, wie jeder andere politische Konflikt auch eine Vorgeschichte und warum wird sie im Mainstream aber auch in den Betrachtungsweisen ihrer verantwortlichen Politiker, beispielsweise auch durch Ihren doch recht farblos wirkenden Regierungssprecher, Herrn Hebestreit, unterdrückt?

Ich darf Sie, Herr Bundeskanzler, in diesem Zusammenhang an einige Fakten erinnern:

Die USA hat nach dem II. Weltkrieg mehr als 25 Länder völkerrechtswidrig mit militärischen bzw. Bombenangriffen überzogen, wie zum Beispiel

1950, 1953 - Korea	1958 - Indonesien	1959 – 1961 Kuba
1954, 1960 - Guatemala	1964 - Kongo	1964 – 1973 Laos
1961 - 1973 Vietnam	1969 – 1970 Kambodscha	
1967 – 1969 Guatemala	1983 - Granada	
1986, 2011, 2015 - Libyen	1980 - Salvador	
1980 - Nicaragua	1987 - Iran	1989 – Panama
1991 – Irak (Golfkrieg)	1991 - Kuwait (1991)	

1993, 2007, 2008 – Somalia

1994, 1995 – Bosnien

1998 – Sudan

1999 – Jugoslawien

2002 – Jemen

2001 – 2015 Afghanistan

2014-2015 Syrien

Diese Liste kann ich natürlich weiter ergänzen.

Herr Bundeskanzler, gestatten Sie meine diesbezügliche Feststellung!

Ich kann mich nicht erinnern, dass der bundesrepublikanische Mainstream auf diese Ereignisse in der Vergangenheit angemessen reagierte und die verantwortlichen USA- Präsidenten so darstellte, wie es mit der Darstellung der russischen Politik und der persönlichen Diffamierung des russischen Präsidenten Putin im heutigen Ukraine - Konflikt geschieht.

Ich übergebe Ihnen, Herr Bundeskanzler weitere entsprechende Rechercheergebnisse.

Sie betreffen eine Mordliste der US-Geheimdienste.

Schließlich gehören seit Jahrzehnten versuchte Attentate bzw. die Ermordung ausländischer Staatschefs und Politiker zu den Praktiken der geheimdienstlichen Außenpolitik der USA - Regierungen.

Die folgende Liste von Anschlägen, die versucht oder erfolgreich durchgeführt worden sind, wurde von einem Mitarbeiter von Untersuchungsausschüssen des US-Kongresses zusammengestellt.

Hier nur ein Auszug aus dieser Liste:

1949: Kim Koo, Oppositionsführer in Korea;

1950/2: CIA-Neonazi-Liste auszuschaltender SPD-Politiker in Westdeutschland;

1955: Jose Antonio Remón, Präsident von Panama;

1950 ff.: Sukarno, Präsident von Indonesien;

1950 ff.: Zhou Enlai, Premierminister von China, mehrere Attentate

1951: Kim II Sung, Präsident von Nordkorea;

1950 ff.: Claro M. Recto, Oppositionsführer auf den Philippinen;

1955: Jawahrlal Nehru, Premierminister von Indien;

1957: Gamal Abdul Nasser, Präsident von Ägypten;

1959/63: Norodom Sihanouk, Führer von Kambodscha;

1960: Abdul Karim Kassem, Führer des Irak;

1950/70: Jose Figueras, Präsident von Costa Rica, zwei Mordversuche;

1961: Francois Duvalier, Führer von Haiti;

1961: Patrice Lumumba, Premierminister von Kongo (Zaire);

1961: General Rafael Truffillo, Dominikanische Republik;

1963 ff.: Fidel Castro, Präsident von Kuba, 24 Mordversuche nach kubanischen Angaben, mindestens acht nach Berichten des US-Kongresses;

1963: Ngo Dinh Diem, Präsident von Südvietnam;

1960 ff.: Raoul Castro, Verteidigungsminister in Kuba;

1965: Francisco Caamano, Dominikanische Republik, Oppositionsführer;

1965: Pierre Ngendandumwe, Premierminister von Burundi;

1965/6: Charles de Gaulle, Präsident Frankreichs;

1967: Che Guevara, kubanischer Revolutionär;

1970/73: Salvador Allende, Präsident in Chile;

1970: General Rene Schneider, Oberbefehlshaber der chilenischen Armee;

1970 ff/81: General Omar Torijos, Führer von Panama;

1972: General Manuel Noriega, Geheimdienstchef von Panama;  
1975: Mobutu Sese Seko, Präsident von Zaire;  
1976: Michael Manley, Premierminister von Jamaika;  
1980/86: Muammaral Ghaddafi, Staatschef von Libyen, zahlreiche Attentatsversuche;  
1982: Ayatollah Khomeini, religiöser Führer des Iran;  
1983: General Ahmed Dlimi, Kommandeur der marokkanischen Armee;  
1983: Miguel d'Escoto, Außenminister von Nicaragua;  
1984: Neun Kommandanten des Sandinistischen Nationalen Direktoriums Nicaragua;  
1985: Scheich Mohammed Hussein Fadlallah, libanesischer Shiitenführer, Anschlag mit 80 Toten;  
1991: Saddam

Ich erlaube mir die Feststellung, dass an jeden USA-Präsidenten dieses angeblichen Musterlands der Demokratie und der unbegrenzten Möglichkeiten viel Blut prominenter Politiker aber auch vieler unschuldiger Menschen haftet, ohne dass diese USA-Politiker jemals gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurden.

Welche Regierung der Bundesrepublik einschließlich die Ihre hat sich jemals von diesen offensichtlichen Verbrechen distanziert?

Angesichts der Tatsache, dass Sie den Haftbefehl des ICC gegen den russischen Präsidenten befürworten, würde mich Ihre Sicht zu diesen Fakten interessieren, insbesondere wie Sie bzw. ihre Berater unter Beachtung o.g. Fakten diese rechtlich begründen einschließlich der öffentlich verkündeten Mordabsichten gegen den russischen Präsidenten.

Einen weiteren Aspekt möchte ich nennen:

Die USA-Administration, die Verantwortlichen der EU und auch die Bundesregierung verhängen in Größenordnungen Sanktionen gegen die Russische Föderation.

Von Beschlüssen der UNO sind diese Sanktionen nicht gedeckt, entsprechen damit nicht dem allgemein gültigen Völkerrecht.

Meine Frage an Sie Herr Bundeskanzler:

Gilt für Sie das Völkerrecht der UN oder die aus meiner Sicht fragwürdige regelbasierte Weltordnung als Grundlage ihrer Außenpolitik?

Wer hat diese regelbasierte Weltordnung eigentlich verbindlich beschlossen bzw. in Kraft gesetzt?

Ist sie oder das von den UN beschlossene Völkerrecht die verbindliche Grundlage Ihrer Außenpolitik?

Ich darf feststellen:

Den Schaden, der damit für Deutschlands Bevölkerung angerichtet wird, bringt Sie, Herr Bundeskanzler und weitere Regierungsmitglieder in unübersehbaren Widerspruch zu Ihrem geleisteten Amtseid.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie sich dessen nicht bewusst sind.

Das alles empört nicht nur mich, sondern viele Bürger und erfordert Antworten seitens der Bundesregierung, um die ich Sie hiermit persönlich bitte.

### **Sehr geehrter Herr Bundeskanzler.**

Zwei Generäle der Nationalen Volksarmee der DDR, dem Frieden verpflichtet, haben sich mit Briefen an die Öffentlichkeit gewandt. Sie folgen ihrem Aufstand des Gewissens.

Ich füge sie als Anlage bei.

Sie erlauben, dass ich Ihnen dazu Fragen stelle:

- Sind seitens der Bundesregierung entsprechende friedenspolitische Aktivitäten gegenüber der russischen Regierung bzw. Regierungen der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken geplant bzw. vorgesehen?
- Werden seitens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsprechende medienpolitische Maßnahmen vorgesehen, um insbesondere junge Menschen über dieses Ereignis und seine Hintergründe wahrheitsgemäß zu informieren, eine Maßnahme, die angesichts zunehmender rechter Tendenzen in der Bundesrepublik nicht nur aufklären soll sondern aus meiner Sicht auch dringend notwendig ist.

Ich darf Sie abschließend davon informieren, dass ich mich seit Januar 2021 zu diesen Anliegen mehrfach nicht nur an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, sondern auch an Ihren zuständigen Regierungssprecher, Herrn Hebestreit, gewandt habe.

Auf eine Reaktion warte ich leider bis heute.

Ihrer Antwort zu den von mir aufgeworfenen Fragen und Anliegen sehe ich mit Interesse entgegen.

Meine Freunde und ich bitten um ein sachlich klärendes persönliches Gespräch mit Ihnen und Ihrem zuständigen Staatssekretär.

Mit freundlichen Grüßen,  
Rudolf Denner

Anlagen:  
Konferenzunterlagen der Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.